



öffentlich

Betreff:

Vorbereitungen für Sanierung Rechenzentrum

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum: 13.10.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
09.11.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Vorbereitungen für die Sanierung des Rechenzentrums zu treffen. Dabei ist optional sowohl ein dauerhafter Erhalt des Gesamtgebäudes als auch eine dauerhafte Sanierung des auf dem städtischen Grundstück stehenden Gebäudeteils einschließlich einer temporären Lösung für den Teil vorzubereiten, der auf dem Grundstück des ehemaligen Kirchenschiffs steht.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2023 ein erster Vorschlag vorzulegen. Dabei ist in geeigneter Weise die in jedem Fall bis zur Fertigstellung des Kreativquartiers notwendige Übergangslösung darzustellen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Ausgangspunkt für die Diskussion um das Forum an der Plantage war der angestrebte Erhalt des Rechenzentrums. Angesichts der grundsätzlichen Unwägbarkeiten zum Bau eines Hauses der Demokratie einschließlich der hohen Hürden, die eine Freigabe des Kirchenschiffgrundstücks für diesen Zweck unrealistisch erscheinen lassen, wächst der Druck, für eine dauerhafte Sicherung des Rechenzentrums innerhalb der unstrittigen Zugriffsmöglichkeiten der Stadt zu sorgen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich die Chance für den Erhalt des Rechenzentrums über die Zeit erledigt.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung